



Interviews

Datum: 4. August 2023

Ralph Freund, Republicans Abroad Germany, im Gespräch mit Josephine Schulz

Josephine Schulz: Donald Trump will 2024 wieder als Kandidat für die Republikaner, für die Präsidentschaftswahl ins Rennen gehen. Wenn das so käme, dann hätte er zu dem Zeitpunkt wahrscheinlich entweder immer noch mehrere Strafverfahren gegen ihn laufen oder wäre möglicherweise sogar ein verurteilter Straftäter. Gestern wurde vor Gericht in Washington eine dritte Anklage gegen ihn verlesen. Dieses Mal sind die Vorwürfe besonders schwer, denn es geht unter anderem um Wahlbeeinflussung und Verschwörung. Was diese weitere Anklage gegen Donald Trump und für die Republikaner bedeutet, darüber kann ich mit Ralph Freund von den Republicans Abroad sprechen. Das heißt, er ist Mitglied der Republikaner, vertritt die Republikaner auch hier in Deutschland, ist aber nicht wahlberechtigt in den USA. Das noch mal zur Einordnung. Schönen guten Morgen, Herr Freund.

Ralph Freund: Guten Morgen.

Schulz: Wie bewerten Sie diese neue, weitere Anklage gegen Donald Trump?

Freund: Also, sie war abzusehen. Solch ein Vorgang muss juristisch aufgeklärt werden. Gibt es dort ein Fehlverhalten oder nicht? Allein das rechtfertigt schon das Ganze. Es sprechen einige Gründe für eine Anklage. Denn, dass man vor einem Bundesgericht in den USA angeklagt werden muss und sich sogar einer sogenannten Grand Jury stellen muss, bedarf es nicht nur einiger Indizien, sondern auch eines Rechtsgutachtens, das durchdacht sein muss. Und das liegt dem Gericht vor. Und auch darauf stützt sich das Gericht. Also, insoweit gibt es dort valide Gründe, dort genauer hinzuschauen.

Schulz: Die meisten Republikaner sehen das ja anders. Sie schließen sich der Interpretation von Trump an, das sei eine Hexenjagd und die Justiz sei instrumentalisiert, eine Kampagne der Demokraten. Da höre ich, da sind Sie anderer Meinung als Ihre Parteikollegen?

Freund: Ja, wir hier im Vorstand in Deutschland der US-republikanischen Partei haben eine ganz klare Sichtweise. Es gibt nach derzeitiger Rechtsauffassung keinen Junktim, keine Rechtsverbindung zwischen der Politik und der Causa Trump, dass dort Einfluss genommen wird seitens von dem Präsidenten selbst, dem Justizministerium, anderen Mächten und Kräften im Hintergrund. Es ist ein isolierter Rechtsfall, der hier geklärt werden muss. Und es ist auch ganz wichtig für die amerikanische Öffentlichkeit zu sehen, dass hier nach Recht und Gesetz geurteilt wird und man sich auf die Institutionen verlassen kann. Denn die sind doch teilweise im Ansehen der republikanischen Wähler doch recht beschädigt.

Schulz: Aber gerade, wenn Sie das jetzt so völlig klar sehen, warum stellen sich die meisten Republikaner in den USA so ohne Wenn und Aber hinter Trump und seine Erzählung von der gestohlenen Wahl und jetzt von einer Hexenjagd der Justiz? Also, ist den Republikanern der Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen, in die Stabilität der Demokratie dann egal in diesem Punkt?

Freund: Also, wenn Sie sagen, die Republikaner, meinen Sie wahrscheinlich die republikanischen Wähler. Denn die Partei selbst hält sich dort sehr zurück und befeuert das Ganze nicht. Aber in der Tat ...

Schulz: Aber auch da haben wir ja gesehen, also sogar Konkurrenten wie Ron DeSantis haben sich bei vergangenen Anklagen da hinter Trump und diese Erzählung gestellt, es sei eine Kampagne.

Freund: Ganz recht, aber noch mal, das ist nicht die republikanische Partei, der Parteivorstand. Das sind US-republikanische Kandidaten. Und in der Tat haben die sich hinter Donald Trump gestellt. Und das ist ähnlich ein bisschen wie bei der Tour de France, bei der Zielankunft. Die Personen gehen nicht aus dem Windschatten raus, denn sie würden sofort als Verräter, als Nestbeschmutzer tituliert werden. Man wartet

ab, bis noch mehr hervorkommt, möglicherweise noch mehrere Verfahren drohen, möglicherweise Dinge auch schon rauskommen. Und, wenn die Sache dann so weit aus der Sicht der Kandidaten in die falsche Richtung läuft, sagen sie, ich vertrete zwar Trump'sche Politik, ich vertrete die republikanische Politik, aber ich bin nicht Donald Trump. Ich habe nicht diesen Ballast. Ich bin der bessere Trump. Und das wird kommen, denn irgendwie müssen sich diese Kandidaten ja profilieren. Und die Vorwahlen beginnen in einem knappen halben Jahr. Bis dahin vergeht noch viel Zeit. Und der Einzige, der sozusagen aus dem Windschatten rausgetreten ist, ist Mike Pence. Und er hat auch dementsprechend – der ehemalige Vize-Präsident – und er hat auch dementsprechend schlechte Umfragewerte. Also, ich glaube, da wird noch viel passieren. Da müssen wir noch ein bisschen warten, bis der heiße Wahlkampf, Vorwahlkampf der republikanischen Partei anfängt.

Schulz: Aber trotzdem, wenn Sie jetzt sagen, viele Menschen oder viele in der republikanischen Partei denken da vielleicht anders, aber wagen sich jetzt noch nicht aus dem Windschatten, sehen die nicht oder für wie gefährlich halten Sie das, wenn da jetzt den Menschen im Land immer wieder gesagt wird, die Institutionen funktionieren nicht, das sei alles politisch gesteuert, alles eine große Verschwörung?

Freund: Da ist schon viel Porzellan zerschlagen worden. Da gebe ich Ihnen recht. Wir haben es erlebt bei der Wahl. Es sind nicht nur ein paar, ich sage es jetzt mal in unserer Sprache, Querdenker oder Extremisten, die denken, die Wahl wäre manipuliert, sondern es geht hoch bis in die Eliten und nicht nur nach Washington, dass 200 Abgeordnete vom Kongress und Senat so denken. Sondern das geht auch hoch in die Wirtschaft und andere Kreise. Das heißt, da ist schon einiges verrutscht. Und es wird schwierig genug werden, abseits dieses Verfahrens und auch der späteren Präsidentschaftswahl, das wieder gerade zu rücken. Also, da ist viel kaputt gegangen. Donald Trump feuert das Ganze. Und ich glaube, wir sind alle gut beraten, den Prozess weiterzuverfolgen, damit dort mehr Licht ins Dunkel kommt.

Schulz: Dass es keine gestohlene Wahl gab, dass bei der Auszählung alles mit rechten Dingen zugegangen ist, das haben ja auch mehrere Gerichte bestätigt. Es gibt auch keinerlei Anhaltspunkte für das Gegenteil. Kann man bei einer so klaren Faktenlage davon sprechen, dass das einfach Meinungsfreiheit ist, wenn jemand wie Donald Trump oder viele andere die Fakten nicht sehen möchten? Darauf möchte er sich ja jetzt offenbar, wenn ich das richtig verstanden habe, im Prozess berufen.

Freund: Ganz recht. Und das ist eben dann auch eine etwas undankbare Aufgabe des Gerichts und der Grand Jury, dann festzustellen, bis wohin geht diese Meinungsfreiheit, die in Ihrem Bericht sehr schön geschildert worden ist, die sehr hoch aufgehängt ist, vs. der Tatsachenverdrehung. Und zu dem Zeitpunkt, als Trump das gesagt hat, waren ja noch einige Gerichtsverfahren anhängig oder zumindest einige Klagen gegen die Wahl. Da könnte er sich möglicherweise drauf berufen. Da war ja noch nicht ganz zu 100 Prozent klar, dass die Wahl mit rechten Dingen abgelaufen ist. Und diese Rechtsabwägung ist hochsensibel. Und es wird auch für Rechtsexperten spannend sein, zu beobachten, wie das Gericht sich dazu äußern wird.

Schulz: Unabhängig davon, wie das dann juristisch zu bewerten ist, kann jemand, der demokratische Wahlen nicht akzeptieren möchte, der Fakten nicht akzeptieren möchte, kann der Präsidentschaftskandidat der Republikaner werden?

Freund: Also, das wird sehr spannend sein auf dem Convention. Denn es wird ja so sein, es langt ja nicht, die Nominierung der US-republikanischen Partei dann im nächsten Sommer zu gewinnen, sondern die Wahlen im November. Und da werden auch viele Delegierte, die gewählt werden, sich genau überlegen müssen: Setzen wir auf die Karte Trump oder sagen wir, wir wählen jemanden, der auch landesweit Chancen hat zu gewinnen? Und das ist zum ersten Mal, glaube ich, dass Delegierte, das gab es auch schon früher in Vergangenheiten, dass die nicht ihren eigenen Kandidaten gewählt haben, weswegen sie dort als Delegierte vertreten sind. Aber das wird sehr interessant sein zu beobachten, wie weit dort Trump in der Lage ist, diese Delegierten für sich zu gewinnen, oder ob man dann sagt, es ist vielleicht doch besser, jemanden Gemäßigteren wie Ron DeSantis oder Mike Pence oder wer auch immer dann im Rennen sein wird, zu nominieren, anstatt den Präsidenten, der möglicherweise bereits zu dem Zeitpunkt verurteilter Straftäter ist.

Schulz: Aber im Moment sieht es ja danach aus, als hätte Trump da den meisten Rückhalt, als wäre er da führend in diesem Rennen. Trauen sich die meisten einfach nicht, Trump ihre Loyalität zu entziehen, obwohl sie sich im Klaren darüber sind, wie viele Lügen er erzählt? Oder ist das auch ehrliche Loyalität, weil er bei den Republikanern wirklich so beliebt ist?

Freund: Nein, ich glaube ... sie müssen ja dann zum Schluss ..., wenn sie kandidieren, kostet das eine Menge Geld. Das kostet eine Menge Aufwand. Sie müssen ihre Tätigkeit, ihren Job, den sie haben, müssen sie an den Nagel hängen. Sie müssen sich dort richtig reinhängen. Und das machen sie nicht nur aus Loyalität. Sie wollen ja auch dann gewählt werden. Und da ist viel Geld im Spiel. Also, im Augenblick ist das gespielte Loyalität und sie werden absolut als Nestbeschmutzer tituliert, wenn sie jetzt sich dort bekennen gegen Trump. Aber irgendwann wird das kommen. Und das muss jeder Einzelne für sich entscheiden und muss sagen, ich bin der Bessere oder ich bin die Bessere, wie bei Nikki Haley, aber ich vertrete Trump'sche Politik, spricht zur Basis, diese berühmte Narrativ, das Trump hat, dass er das Volk vertritt und eben nicht vom Establishment ist. Und irgendwann werden die alle sich selbst bekennen müssen. Es wird sehr interessant sein, wenn der eine oder andere dann ausschert. Und diesen Prozess werden wir aufmerksam verfolgen. Und zum Schluss werden wir als republikanische Partei auch hier in Deutschland den Kandidaten vertreten, der dann zum Schluss gewählt wird auf dem Delegiertenkonvent.

Schulz: Auch, wenn das Donald Trump ist? Auch bei allem, was Sie jetzt gesagt haben?

Freund: Das fragen Sie mich dann noch mal bitte, wenn es dann so weit ist. Ich möchte auf hypothetische Fragen nur ungern hypothetische Antworten geben.

Schulz: Aber okay, selbst, wenn, aber wenn das zur Debatte stehen würde, also, können Sie sich das überhaupt vorstellen, dass möglicherweise, jetzt sehr in die Zukunft gedacht, ein verurteilter Straftäter Präsident der Vereinigten Staaten wird?

Freund: Also, das würde mir Probleme bereiten.

Schulz: Wen würden Sie sich als Kandidaten wünschen?

Freund: Ach, da kommen noch einige. Glenn Youngkin wird noch seine Kandidatur bekennen, der Gouverneur von Virginia. Es wird noch den einen oder anderen geben. Es gibt dort sehr vernünftige Leute. Wie gesagt, auch Nikki Haley, die dort sehr

kosmopolitisch, multilateral auftreten. Die haben zurzeit allerdings wenig Chancen. Ich glaube, es wird darauf hinauslaufen, auf Ron DeSantis, vielleicht Youngkin, vielleicht Trump. Und dann werden wir das beurteilen müssen.

Schulz: Glauben Sie oder hoffen Sie, sehen Sie das, dass die Republikaner irgendwann wieder den Weg weg vom Populismus finden zu rationaler Politik? Oder kommt man da jetzt von dem Pferd einfach nicht mehr runter?

Freund: Also, es hängt natürlich viel an der Causa und an der Person Trump. Der ist ja nicht mehr der Jüngste. Er hat noch – ich sage es jetzt mal so ein bisschen direkt – noch einen einzigen Pfeil im Köcher. Das ist die nächste Wahl. Danach ist er selbst zu alt, weil er ja dann immer sagt, Biden ist zu alt. Dann wäre er in fünf Jahren ja dann älter als Biden. Also, insoweit hat er noch eine einzige Chance. Wenn er dann nicht mehr kandidiert, glaube ich, sind da seine Nachfolger, die kennen wir ja jetzt im Augenblick, ja, vor allem Ron DeSantis, wir sprachen noch über andere, die sind dann im zweiten Glied. Die sind nicht so disruptiv. Die sind nicht so sprunghaft. Ich glaube, da werden wir zumindest in etwas ruhigeres Fahrwasser, ob es dann ganz ruhig ist, ist eine andere Frage, werden wir in etwas rationaleres Fahrwasser kommen.

Schulz: Sagt Ralph Freund von den Republicans Overseas, Republicans Abroad, ganz herzlichen Dank dafür.

Freund: Gern geschehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.